

zur weiteren Erhöhung des Niveaus der Berichterstattung gestellt. Bei ihrer Verwirklichung wünscht das Zentralkomitee allen Mitarbeitern unserer Nachrichtenagentur viel Erfolg.

Berlin, den 10. Oktober 1986

**Grußadresse des Zentralkomitees der SED
und des Staatsrates der DDR
an den X. Kongreß
der Internationalen Organisation der Journalisten**

Im Namen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik übermittle ich dem X. Kongreß der Internationalen Organisation der Journalisten die besten Grüße.

Die Deutsche Demokratische Republik schätzt das aktive Wirken der Internationalen Organisation der Journalisten in den vierzig Jahren ihres Bestehens für Frieden, Zusammenarbeit und Verständigung unter den Völkern, ihre Solidarität mit allen Ländern und gesellschaftlichen Kräften, die um nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt ringen.

Wichtigstes Anliegen der Politik der Deutschen Demokratischen Republik ist es, den Frieden für die jetzigen und die kommenden Generationen zu sichern. Ein nukleares Inferno würde die Menschheit vernichten. Es ist höchste politische und moralische Pflicht, eine solche Entwicklung zu verhindern. Nach dem Treffen zwischen Michail Gorbatschow und Ronald Reagan in Reykjavik gilt es jetzt erst recht, die Chance zu nutzen und dafür einzutreten, daß die Frage Krieg oder Frieden zugunsten des Friedens entschieden wird. Viel können die Journalisten dazu beitragen, daß das Weltgewissen die Weltentwicklung bestimmt.

In der Politik des Dialogs und der Zusammenarbeit sehen wir den Weg, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung voranzubringen und Spannungen zu mindern. Mit ihren Taten zur Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik stehen die Bürger unseres Landes zu ihrer Friedensverantwortung.

Diesen hohen Zielen fühlen sich die Massenmedien der DDR verpflichtet. Sie lassen sich leiten von den Aufgaben, die der XI. Parteitag der SED stellte, alles für das Wohl und das Glück der Menschen, für den Frieden zu tun. Weit über die Grenzen unseres Landes hinaus treten sie für eine weltweite Politik der Koalition der Vernunft und des Realismus ein.